

# **Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Baden-Württemberg**

**Vorsitzender**

Herrn  
Kultusminister Helmut Rau  
Ministerium für Kultus, Jugend und Sport  
Postfach 10 34 42  
70029 Stuttgart

Stuttgart, 16. Juli 2007

*Einstellungssituation / Protestkundgebung der GEW*

Sehr geehrter Herr Rau,

nach der Protestkundgebung am 10. Juli 2007, an der über 3.000 vorwiegend junge Lehrerinnen und Lehrer teilgenommen haben, habe ich mich mit einem Brief, den ich Ihnen hiermit zur Kenntnis gebe, an den Herrn Ministerpräsidenten gewandt und die Landesregierung von Baden-Württemberg aufgefordert, ihre Einstellungspolitik zu ändern.

Es kann nicht sein, dass im Jahr 2006 fast 80 Prozent der Bewerberinnen und Bewerber eingestellt wurden, während im Jahr 2007 Bewerberinnen und Bewerber mit der Abschlussnote 1,0 in die Arbeitslosigkeit geschickt werden.

Wir würden es sehr begrüßen, wenn Sie unsere Forderungen unterstützen könnten.

Ich wende mich aber heute auch noch in einer anderen Angelegenheit an Sie. Im Vorfeld der Protestkundgebung am 10. Juli kam es bei den betroffenen Anwärterinnen und Anwärtern sowie Referendarinnen und Referendaren zu erheblichen Irritationen, weil die Seminarleitungen teilweise den Eindruck vermittelt haben, dass Beamtinnen und Beamte nicht an Protestaktionen teilnehmen dürfen und eine Teilnahme den Lehramtsbewerberinnen und -bewerbern möglicherweise bei der Einstellung schaden würde.

Am 10. Juli 2007 wurde um 11.40 Uhr von Ihrem Hause eine Rundmail an alle Ausbildungseminare geschickt – diese hatte folgenden Wortlaut: „Sehr geehrte Damen und Herren, für den heutigen Nachmittag wurde zu einer landesweiten Demonstration auf dem Stuttgarter Schlossplatz gegen die Einstellungspolitik der Landesregierung aufgerufen. Wir weisen vorsorglich darauf hin, dass Lehramtsanwärterinnen und -anwärter bzw. Referendarinnen und Referendare nicht von ihren Dienstpflichten freigestellt werden können, um an dieser Demonstration teilnehmen zu können.“

Sehr geehrter Herr Rau, ich muss offen gestehen, dass ich diese Reaktion nicht nur für unangemessen, sondern für skandalös halte. An vielen Seminaren war es eine Selbstverständlichkeit, dass die Seminarleitungen in Absprache mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine Teilnahme der jungen Kolleginnen und Kollegen durch Verlegung ermöglicht haben.

Ich möchte Sie deshalb mit Nachdruck auffordern, in einer Mitteilung an alle Ausbildungsseminare klarzustellen, dass es das selbstverständliche Recht von Anwärterinnen und Anwärtern, auch wenn diese im Beamtenverhältnis beschäftigt sind, ist, an Protestaktionen teilzunehmen und dass sie dadurch keinerlei Nachteile bei der Einstellung haben.

Für diese Reaktion des Kultusministeriums und einiger Seminarleitungen haben weder die Betroffenen noch die Öffentlichkeit Verständnis. Die Schulen in Baden-Württemberg brauchen keine Duckmäuser als Lehrerinnen und Lehrer, sondern selbstbewusste und aufrechte Demokraten.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir Ihre Klarstellung zuschicken könnten, damit wir sie in unserer Mitgliederzeitschrift veröffentlichen können.

Mit freundlichen Grüßen

Rainer Dahlem

